



Komitee  
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

# EU-No

Postfach, 3001 Bern  
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 05. September 2019

## **Schweizer Bauernverband spricht sich gegen das Rahmenabkommen aus**

**Die Widersacher des Rahmenabkommens konsolidieren sich auf breiter Front. Der Schweizerische Bauernverband lehnt das Rahmenabkommen dezidiert ab. Urs Schneider, der stellvertretende Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes sieht im Rahmenabkommen eine Bedrohung für die Schweizer Landwirtschaft.**

### **Zugang zum EU-Binnenmarkt gefährdet**

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) setzt sich für die Partizipation am EU-Binnenmarkt ein. Dieser unbürokratische Zugang ist für die schweizerische Landwirtschaft und für die Bauern in unserem Land wichtig. Die EU ist ein wichtiger Abnehmer unserer Agrarprodukte. So werden über 70'000 Tonnen Käse und landwirtschaftliche Produkte im Wert von über 5,2 Milliarden Franken in die EU exportiert. Diese bisher gut funktionierende Wirtschaftszusammenarbeit ist jedoch genau mit dem Rahmenabkommen gefährdet. Zu Recht stellt sich die Frage, warum etwas geändert werden soll. Die Schweiz und die Landwirtschaft brauchen kein Rahmenabkommen, welches nur unnötigen Bürokratieaufwand und Kosten mit sich bringt.

### **Gefahr für Schweizer Bauern**

Das Abkommen gefährdet zudem die Existenz vieler Bauern. Die Eigenständigkeit in der Agrarpolitik würde durch das Einmischen von Brüssel stark beschnitten. Bei einem Ja zum Rahmenabkommen könnte die EU der Schweiz diktieren, dass sie keine Direktzahlungen und Zulagen mehr an die Bauern auszahlen dürfte. Die Unterstützung in der Milchförderung könnten möglicherweise gestrichen werden. Diese Zuwendungen werden von der EU als marktverzerrend beurteilt. Wenn wir unsere Bauern trotzdem unterstützen würden, könnte dies harte Sanktionen und hohe Bussen zur Folge haben.

### **Aufhebung der Gentech-Freiheit**

Gleichzeitig könnte in der Schweiz auch die hart erkämpfte Gentech-Freiheit fallen. Durch das Abkommen könnten in Zukunft ungehindert gentechnisch veränderte Organismen, sogenannte GVO importiert werden. Durch den Wegfall des Verbotes von GOV verlieren die Bauern nebst den Direktzahlungen und sonstigen Zuwendungen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den ausländischen Landwirtschaftsbetrieben.

### **Streitfälle vor EU-Gericht**

Wo Handel getrieben wird, können auch Rechtsstreite anfallen. Mit dem Rahmenabkommen würden in Zukunft die Streitfälle vor einem EU-Gericht behandelt werden und nicht von einem Schweizer oder neutralen Gericht. Gemäss Bauernverband ist das Rahmenabkommen ein halber EU-Beitritt und der Weg in Richtung schädlicher Agrarfreihandel. Es verhindert eine eigenständige und auf unsere Bedürfnisse angepasste Landwirtschaftspolitik. Die Schweiz würde mit dem Rahmenabkommen fremdbestimmt und fremd gerichtet. Dieses Rahmenabkommen erinnert mehr an ein Joch als an einen «Rahmen».

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt